

GLIEDERSCHWUND BEI DEN PARTEIEN

Die Leute denken zuerst mal an sich

reien leiden unter ederschwund. «Wer ute aus der Stube i will, muss etwas », begründet Polito- ndreas Ladner den Dieser hat Folgen: nden können Ämter schwerer besetzen.

vidualisierungsprozess. Die Leute denken zunächst mal an sich und sind weniger bereit, sich für die Allgemeinheit zu engagieren. Diese Bereitschaft gehört zu einem gewissen Grad zur Politik. Auch die wirtschaftliche Entwicklung spielt mit. Man kann nicht mehr erwarten, vom Arbeitgeber für die Gemeinderats-stellung freigestellt zu werden.

Hat die Parteimitgliedschaft früher nicht mehr konkreten Nutzen gebracht?

Das gilt sicher für die bürgerlichen Parteien. Früher wurden mehr Ämter nach Parteiproporz aufgeteilt. Militär, Wirtschaft und Politik gingen einher.

SP und CVP schwinden

ndratsparteien SVP, SP, und CVP haben seit 1990 kalter Ebene einen Fünftel Mitglieder verloren. Damit

rt die Basis der eigentli- in Parteien, was das Kon- nsystem vor grosse Her- rderungen stellt. Zu die- schluss kommt eine Studie oziologische Institute der rstät Zürich, unterstützt Schweizerischen National-

SP und CVP betrug der Mit- erückgang 25, respektive ozent. Weniger ausgeprägt n die Verluste bei SVP und t 13 und 15 Prozent. Ein düsteres Bild ergibt sich r Entwicklung der Zahl der aktiven. Diese Zahl sei in ergangenen 14 Jahren bei rund SVP um rund 30 Pro-

Kürze

TRISCHER PASS
gerung
net sich ab

biometrische Schwei- kann möglicherweise ; geplant auf Ende/Jahr t werden. Grund für gerung sind neue tech- ornen der EU, welche weiz berücksichtigen ; Schweizer Sonderlö- ste unter Umständen it viel Geld angepasst sda

STRAHLEN
stunde
eingeführt

, die sich wegen Mobil- lung krank fühlen, ich neu unentgeltlich rztliche Sprechstunde Diese ist an die um- zistische Beratungs- . Institute für Umwelt- am Kantonsspital Lu- sda

ADT
bestimmte
nterbrachen

Interessieren sich die Leute nicht sichtlich weniger für Politik?

Man kann nicht generell sagen, dass das Interesse an der Politik abgenommen hat. Dieses ist in der Schweiz nach wie vor relativ hoch. Aber man ist nicht mehr bereit, auf die traditionelle Art in Gremien mitzumachen. Wer von einem bestimmten Thema betroffen ist, engagiert sich, aber nicht kontinuierlich. Parteiveranstaltungen haben nicht den Anstrich, sehr spannend zu sein. Um die Leute aus der Stube oder vom Tennisplatz wegzuholen, muss etwas geboten werden.

Warum trat jemand früher einer Partei bei?

Man gelangte zum Beispiel an Informationen oder an wichtige Leute. Aber das Pflichtbewusstsein war auch höher. Es gehörte dazu, in einer Partei zu sein, vielleicht war schon der Vater in der Partei. Heute muss die Parteimitgliedschaft erklärt werden.

SVP und SP haben zwar auch Mitglieder verloren, aber deutlich weniger als FDP und CVP. Was machen die besser?

Die SP ist von Stimmungschwankungen abhängig. Nach jahrelangen Verlusten konnte sie letztes Jahr 1500 Mitglieder dazugewinnen. Die SVP ist zur Basis in den Quartieren gegangen. Das machte sie mit den belächelten Zmorge in Quartieren und auf Bauernhöfen. Organisatorisch war das eine grosse Leistung. Die SVP hat unter den traditionellen Mitgliedergruppen auch verloren. Bei CVP und FDP kommt dazu, dass sie in einigen Kantonen keine Mitgliederparteien sind. Die Leute stehen als Anhänger auf einer Adressliste, erhalten et-



Urs Baumann

Politologe Andreas Ladner: «Die Leute sind heute weniger bereit, sich für die Allgemeinheit zu engagieren. Diese Bereitschaft gehört zur Politik.»

ne Zeitschrift und verschwinden ohne formellen Austritt.

Aber selbst die SVP ist nicht gefeit vor Mitgliederschwund. Wählerstimmen sind nicht gleich Mitgliederzahlen. Wenn

dem so wäre, hätte die SVP seit 1990 ihre Mitgliederzahl verdropeln müssen. Die rückläufige Entwicklung der Parteimitgliederzahl ist sehr schwer umzukehren. Deshalb müssen Ämter attraktiver gemacht werden, teil-

UNSER GAST

CHRISTA MARKWALDER
ist Berner FDP-Nationalrätin

«Deal or no Deal» mit Menschenrechten

Was würde der grosse Staatsphilosoph Charles Louis de Montesquieu heute bei der Zeitlektüre denken? Der Diskurs über die Rolle der staatlichen Institutionen ist auch 250 Jahre nach der Aufklärung noch aktuell und wird hier zu Lande mit einer neuen Leidenschaftlichkeit geführt, wobei die parteipolitische Motivation einiger Argumentierer höchst durchsichtig ist. Montsquieu hatte 1748 die Gewaltenteilung als grundlegende Struktur des Rechts- und Verfassungsstaats entworfen, um mit der Verteilung

der Staatsgewalt auf Exekutive, Legislati- ve und Judikative den Missbrauch von Macht durch die gegenseitige Kontrolle der drei Gewalten zu verhindern und die bürgerlichen Rechte zu schützen.

Sobald aber heute zu Tages das Bundesgericht et- nen Entscheid fällt, der nicht allen vermeintlichen Meinungsführern des Volkes ins Parteiprogramm passt, wird von

Menschenrechte, die 1948 exakt 200 Jahre nach dem Erscheinen von Montesquieus Werk «L'Esprit de lois» in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erstmals universell verbrieft wurden.

Die Garantie der Menschenwürde, der persönlichen Freiheiten, aber auch der Schutz vor Diskriminierung und Willkür sind elementarste rechtsstaatliche Prinzipien und haben in den modernen demokratischen Verfassungen einen selbstverständlichen Platz eingenommen. Das Recht auf Existenzsicherung – verankert in Artikel 12 unserer Bundesverfas-

GRUNDRECHT

SERIE TEIL II. Bundesrat Blocher will an der Nothilfe-Streichung für Asyl Suchende festhalten. Notfalls per Änderung des Verfassungsartikels 12: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein un-

tersicherung hat das Bundesgericht in seinem neuesten Entscheid bekräftigt. Das heisst konkret, dass auch Asyl Suchende, auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde, ein Anrecht auf Nothilfe haben, selbst wenn sie sich – und das ist im Rechtsempfinden mancher Bürgerinnen und Bürger störend – nicht kooperativ gegenüber den Behörden verhalten.

Dieses Urteil SCHAFFT auch neue Ungerechtigkeiten – nämlich gegenüber jenen Asyl Suchenden mit Nichteintretensentscheid, die bei der Beschaffung von Ausreisepapieren mit den Behörden zusammenarbeiten. Doch dieses Problem hat nicht die Judikative, sondern die Exekutive zu lösen. Der ausführende Gewalt im Staat steht nämlich eine Vielzahl anderer Zwangsmittel als die verfassungswidrige Streichung der Nothilfe zur Verfügung. Das Bundesgericht als judikative Gewalt hat also mit seinem Entscheid nichts anderes als seine ureigenste Pflicht wahrgenommen und das Recht auf Existenzsicherung als Menschenrecht bestätigt und damit bekräftigt, dass es keine Deals mit

sichern. Zudem gilt auch das Verbot des Rechtsmissbrauchs. Beim Recht auf Existenzsicherung darf ein Rechtsmissbrauch allerdings nicht leichtfertig angenommen werden, da die Gefahr besteht, dass entsprechend den politischen Machtverhältnissen missliebigen Gruppen von Menschen elementare Existenzmittel verweigert werden könnten.

GENAU SO ZU DEN VERFASSUNGSMÄSSIG garantierten Menschenrechten gehört die Meinungsfreiheit, die allen Personen in diesem Land zugesteht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äusseren – und dadurch auch die höchstrechtlich- che Rechtsprechung zu kommentieren. Doch sind die Rufe des Justizministers nach einer Änderung der Bundesverfassung im Kontext dieses Bundesgerichtsentscheids völlig fehl am Platz, sofern man nicht verkennen will, dass alle Staatsgewalten ihre verfassungsmässig definierte Aufgabe haben und dass die rechtsstaatlichen Prinzipien dem Individuum Schutz vor unbeschänkter Mehr-

beitserwartung bieten.